

Déjà-vu in Peru

Diktatorentochter Fujimori tritt gegen Linken Sánchez in Stichwahl um Präsidentschaft an - eine Neuauflage des Duells mit Castillo vor fünf Jahren

Von Robert Kohl Parra

Nach wochenlanger Ungewissheit und Erfassung von 99,927 Prozent der Stimmen steht der Ausgang der ersten Wahlrunde in Peru nun fest: Keiko Fujimori – Tochter des Exdiktators Alberto – wird in der Stichwahl gegen Roberto Sánchez antreten. Sánchez gilt dabei als politischer Erbe des linken Expräsidenten Pedro Castillo, einem von der indigenen Landbevölkerung unterstützten Gewerkschafter, der durch einen Putsch im Dezember 2022 gestürzt wurde.

Das ist aus unterschiedlichen Gründen eine ähnliche Konstellation wie schon bei der Stichwahl 2021. Denn es handelt sich nicht nur um die ideologische Neuauflage des damaligen Duells zwischen Castillo und Fujimori – Sánchez nutzt sogar die Symbolik seines Vorgängers wie den markanten Sombrero Chotano, um seine Verbundenheit mit der ländlichen Basis zu demonstrieren. Es prallen damit wieder zwei völlig verschiedene Welten aufeinander: das konservative und wirtschaftlich dominante Lima und die vernachlässigten, indigen geprägten Regionen im Süden des Landes.

Nach jüngstem Stand entfielen in der ersten Wahlrunde 17,17 Prozent der Stimmen auf Fujimori, die für die rechte Partei Fuerza Popular (Kraft des Volkes) antritt, und auf Sánchez von Juntos por el Perú (Gemeinsam für Peru) zwölf Prozent. Wochenlang zog sich die Auszählung hin; und auch der Wahltag am 12. April war von Pannen geprägt.

Begleitet wird dieses knappe Ergebnis von einer erheblichen Desinformationskampagne des rechten Unternehmers Rafael López Aliaga, der mit 11,9 Prozent knapp die Stichwahl verfehlte. Trotz organisatorischer Probleme bei der Durchführung konnten die Stimmlokale flächendeckend ohne nennenswerte Verzögerung öffnen, wie zahlreiche Wahlbeobachter wie zum Beispiel die peruanische Asociación Civil Transparencia (Bürgerinitiative Transparenz) bestätigten. López legte bisher keinerlei Beweise für den von ihm behaupteten Wahlbetrug vor, doch kündigte er an, keinen Wahlsieger anerkennen zu wollen, wenn die Ergebnisse nicht überprüft würden. Am 7. Mai fand als Protest gegen López' Kampagne eine Demonstration vor dem nationalen Wahlrat unter dem Motto »Respektiert das Volksvotum« statt.

Die Demoskopen gehen indes wieder von einem Kopf-an-Kopf-Rennen im zweiten Wahlgang aus. Eine zwischen dem 21. und 25. April durchgeführte Erhebung von Ipsos prognostiziert ein technisches Patt zwischen Fujimori und

Sánchez. Eine Befragung des Instituts peruanischer Studien sieht statt dessen Sánchez knapp mit 50,8 Prozent vor Fujimori. Dem linken Bewerber wird von dem Institut ein weiterer Vorteil attestiert: Während 48 Prozent der Befragten angeben, niemals für Fujimori stimmen zu wollen, sagen nur 43 Prozent, dass sie niemals für Sánchez stimmen würden.

Der Linkspolitiker startete schon vor einigen Tagen seinen Wahlkampf und unterstrich dabei die Notwendigkeit, eine politische Mehrheit zu konsolidieren, um strukturelle Veränderungen in der Andennation anzustoßen. Sánchez plädierte zudem für eine stärkere regionale Integration und nationale Souveränität. Konkret schlägt er den Beitritt Perus zum südamerikanischen Handelsbündnis Mercosur vor und will eine Aufnahme in die BRICS-Staaten prüfen. Der ehemalige Arbeitsminister des Expräsidenten Castillo versucht an die Erfolgsstrategie von 2021 anzuknüpfen und setzt dabei auf die Mobilisierung der indigen geprägten Landbevölkerung, die sich vom Establishment in Lima im Stich gelassen fühlt. Im März kündigte der Kandidat an, sich in Anlehnung an seinen Vorgänger im Rahmen seines Wahlkampfs auf die »Ruta Castellista« (Castillo-Route) zu begeben. Diese führte ihn bereits von der Hauptstadt Lima nach Junín und Ayacucho - Hochburgen des ehemaligen linken Präsidenten in den peruanischen Anden.

Sánchez könnte der zehnte Präsident Perus in diesem Jahrzehnt werden. Diese Instabilität ist Resultat eines dysfunktionalen politischen Systems sowie von 30 Jahren Neoliberalismus; eines Modells der »Prekarität, Gewalt und institutionellen Schwächung«, wie es die ehemalige Abgeordnete und Expräsidentenskandidatin Verónica Mendoza nennt. Die Wahl am 7. Juni wird diese politische Instabilität des Landes wohl nicht beenden. Der Kongress wird weiter von Zersplitterung gekennzeichnet sein und hat nach wie vor die Befugnis, den Präsidenten wegen »moralischer Unfähigkeit« mit einer Zweidrittelmehrheit aus dem Amt zu entheben. Dieses Damoklesschwert wird über jedem möglichen zukünftigen Staatsoberhaupt hängen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522641.zweite-wahlrunde-dèjà-vu-in-peru.html>